

OTS148 5 II 0332 SPK0002 AI 12.Dez 06
SPÖ/Bayr/ZUK/Entwicklungshilfe/Armut/Menschenrechte

Bayr bei ZUK-Diskussion: Menschenrechte werden verletzt, wo Armut herrscht
Utl.: Umfassende Entwicklungshilfe liegt im eigenen Sicherheitsinteresse =

Wien (SK) - "Eine Milliarde Menschen müssen mit weniger als einem US-Dollar pro Tag überleben und 800 Millionen hungern. Und dies alles nicht, weil es zuwenig gibt, sondern weil die Ressourcen falsch verteilt sind", bemerkte die entwicklungspolitische Sprecherin der SPÖ, Petra Bayr, am Montag im Rahmen der Podiumsdiskussion "Armutsbekämpfung - Menschenrechtspolitik für eine gerechtere Welt?" in der Zukunfts- und Kulturwerkstätte. "Menschenrechte werden vor allem dort verletzt, wo Armut vorherrscht", so Bayr weiter. Um diesen Trend zu stoppen müsse endlich mehr in die Armutsbekämpfung investiert werden und auch Österreich sei gefordert, einen größeren Fokus auf die Entwicklungspolitik zu legen. So müssten die Mittel für Entwicklungshilfe aufgestockt werden, um endlich 0,7 Prozent des BIP zu erreichen und es brauche eine alle Politikbereiche umfassende kohärente Politik. ****

"Das Bruttoinlandsprodukt der 48 ärmsten Staaten ist kleiner als das Vermögen der drei reichsten Menschen und 20 Prozent der Weltbevölkerung verbrauchen 86 Prozent der Güter", so dokumentierte die SPÖ-Abgeordnete die Verteilungsungerechtigkeit. Überdies würde weltweit ein Vielfaches für Rüstung ausgegeben als für Entwicklungshilfe. "Gerechte Verteilung ist machbar, aber sie muss politisch gewollt werden", konstatierte Bayr. Es müsse endlich klargemacht werden, dass Entwicklungshilfe im eigenen Interesse liege, denn nur so könne auch Sicherheit gewährleistet werden. Weltweit habe man sich mit den Millenniumsentwicklungszielen einiges vorgenommen, doch würden Experten jetzt schon sagen, dass die Halbierung der Armut bis 2015 nicht gelingen werde.

Ein weiterer Punkt, der in der Diskussion um Armutsbekämpfung nicht vergessen werden dürfe, sei die Umweltpolitik, betonte die SPÖ-Politikerin. Laut Schätzungen der UNO sei 2010 mit rund 50 Millionen Umweltflüchtlingen zu rechnen. "Die Boote, die jetzt auf Lampedusa landen, sind nur kleine Vorboten. Wenn wir nicht einen radikalen Wandel vollziehen, werden wir in wenigen Jahren mit Ozeandampfern konfrontiert sein", prognostizierte Bayr. Auch müsse man endlich einsehen, dass kein Gesetz der Welt die Menschen davon abhalten werde, vor der Armut zu fliehen. (Schluss) sw

Rückfragehinweis: Pressedienst der SPÖ Tel.: 01/53427-275 <http://www.spoe.at>
*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS148 2006-12-12/12:03